



# Freie Berufe

## Parlamentarisches Abendessen zur Gesundheitspolitik

*Anfang Mai richtete der Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. (VFB NW) in gemeinsamer Trägerschaft mit den heilberuflichen Kammern und Verbänden im VFB NW das Parlamentarische Abendessen zur Gesundheitspolitik des Landes NRW im Düsseldorfer Stadttor aus. Für Freie Berufe und Landespolitik eine gute Möglichkeit, Anliegen zu verdeutlichen und Standpunkte zu klären.*

In seiner Begrüßung machte **Hanspeter Klein**, Vorsitzender des VFB NW, deutlich, dass er das Zusammenwirken der Freien Berufe als eine wichtige Zukunftsaufgabe erachte. Von großer Bedeutung für die Gesellschaft sei dabei auch die Stärkung der Freiberuflichkeit statt ihrer Kommerzialisierung. Die Heilberufe, die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe, die naturwissenschaftlichen/technischen Berufe und die informationsvermittelnden Berufe/Kulturberufe seien von diesem Prozess gleichermaßen betroffen. Klein stellte klar, dass der Freiberufler im Kern seiner Leistung frei bleiben muss.

NRW-Gesundheitsministerin **Barbara Steffens** machte in ihrem Statement deutlich, dass in keinem anderen Bereich zukünftig, aufgrund der demografischen Entwicklungen, so viele Herausforderungen zu meistern sein werden wie im Gesundheitswesen. Sie betonte, dass es zukünftig noch stärker auf das Miteinander der einzelnen Heilberufe ankommen werde. Steffens warb in ihrem Statement für sektoren- und professionsübergreifende Versorgungskonzepte.



Von links nach rechts: Rudolf Henke, Barbara Steffens, Hanspeter Klein, Thomas Preis und Dr. Thomas Kriedel



Angelika Haus, stellvertretende Vorsitzende des VFB NW



Dr. Klaus Befelein, stellvertretender Vorsitzender des VFB NW

In den Einführungsstatements erklärte **Angelika Haus**, Vorsitzende des Hartmannbundes Nordrhein und stellvertretende Vorsitzende des VFB NW, für die Ärzteschaft, dass für die ambulante ärztliche und psychotherapeutische Versorgung in NRW deutlich weniger Geld je Versichertem zur Verfügung steht als in den anderen Bundesländern. Sie forderte die NRW-Landespolitik auf, sich dafür einzusetzen, eine Angleichung der ärztlichen Vergütung je Versichertem herbeizuführen (Konvergenz jetzt!). **Dr. Klaus Befelein**, Vorstand der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe und stellvertretender Vorsitzender des VFB NW, bündelte zahnärztliche Themen, Wünsche und Forderungen. So ging er ein auf: die Fortführung und Erweiterung subsidiärer Eigenverantwortung der verkammerten Freien Berufe (z. B. Medizinproduktege-

setz und Praxisbegehungen), Fairness und Transparenz zwischen zahnärztlichem Honoraranspruch und Erstattungsrealität von Privater Krankenversicherung und Beihilfestellen sowie Kooperation bei der Aufdeckung „häuslicher Gewalt“ und Unterstützung in der Versorgung behinderter oder demenzkranker Menschen. Für die Apothekerschaft stellte **Thomas Preis**, Vorsitzender des Apothekerverbandes Nordrhein e. V. und stellvertretender Vorsitzender des VFB NW, klar, dass die Streichung der Finanzierung der PTA (Pharmazeutisch-technische Assistenten)-Fachschulen nach wie vor die Ausbildung gefährde. Zwar sei die Apothekerschaft in intensiven Gesprächen, jedoch riskiere die Landesregierung aber nach wie vor den Kollaps von 2.000 Ausbildungsplätzen und die Schließung der 16 Lehranstalten in unserem Bundesland.

## Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Freien Berufe sind ein fester Bestandteil der NRW-Politik. Dies zeigte zuletzt die lebhafteste Diskussion beim Parlamentarischen Abendessen mit NRW-Gesundheitsministerin Steffens und dem Vorsitzenden sowie den Sprechern des Gesundheitsausschusses im Landtag NRW. Für das große Engagement der politischen Akteure möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Danken möchte ich auch den Vertretern unserer Mitgliedsorganisationen. Denn erst durch die aktive Beteiligung werden die Anliegen der Freien Berufe für die Politik greifbar und erlebbar.

Den Dialog mit der NRW-Politik werden wir zusammen mit unseren Mitgliedern fortsetzen, sei es im Rahmen von Parlamentarischen Abenden, bei Anhörungen des NRW-Landtags, in Arbeitskreisen und Sitzungen der Landesregierung oder in der Mitarbeit und der Bereitstellung von Expertenwissen in Gesetzgebungsverfahren.

Denn durch dieses Mitwirken wird nachhaltig dafür gesorgt, dass die Marke „Freie Berufe“ in NRW nicht von der politischen Tagesordnung verschwindet.

Herzlichst bin ich

Ihr

Hanspeter Klein

Vorsitzender des VFB NRW

*Die Diskussion mit den Landtagsabgeordneten verlief äußerst lebhaft. Standpunkte wurden deutlich gemacht und Meinungen ausgetauscht.*

**Rudolf Henke**, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, warb dafür, sich noch einmal kritisch mit dem Berufsanererkennungsgesetz NRW zu befassen. Patienten müssten auch in Zukunft die Gewissheit haben können, dass der Arzt für die Behandlung qualifiziert sei, so Henke. Seiner Ansicht nach müssten Ärzte aus dem



Von links nach rechts: Jörg Lawrenz (Moderator), Rudolf Henke, Peter Preuß, Dr. Thomas Kriedel, Günter Garbrecht, Arif Ünal

Berufsanererkennungsgesetz ausgenommen werden. **Dr. Thomas Kriedel**, Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, machte deutlich, dass es in fünf bis zehn Jahren nicht mehr möglich sein werde, den Bedarf an Hausärzten zu decken. Daher sei es wichtig, die Rahmenbedingungen zu verbessern und attraktive Anreize zu setzen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags NRW, **Günter Garbrecht**, MdL (SPD), erklärte, dass die Substitution von Tätigkeiten im Gesundheitsbereich an Bedeutung gewinnen werde. Bei der Kampagne „Konvergenz jetzt!“ stehe er an der Seite der Heilberufe in NRW. Der Sprecher der CDU im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags NRW, **Peter Preuß**, verdeutlichte, dass es wichtig sei, die Anreize so zu setzen, dass eine hochqualitative Versorgung im ländlichen Raum sichergestellt werden kann. Die Opposition habe sich dafür eingesetzt, dass die von der Ärzteschaft eingeforderten Korrekturen beim Berufsanererkennungsgesetz NRW vorgenommen würden. Ein entsprechender

Änderungsantrag sei formuliert worden. Der Sprecher für Gesundheit der Grünen-Landtagsfraktion NRW, **Arif Ünal**, MdL, machte deutlich, dass sich die rot-grüne Landesregierung für die Bildung einer Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe eingesetzt habe. Dies allein werde aber nicht ausreichen, um die Attraktivität des Arztberufs zu steigern, vielmehr sei ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, um den Beruf wieder attraktiver zu gestalten.

**Martin Hendges**, stellvertretender Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein, machte deutlich, dass



Martin Hendges, stellvertretender Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein



Dr. Klaus Bartling, Präsident der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe

die Mehrheit der Zahnärzte sich gegen eine Bürgerversicherung ausspräche. Denn bisher könne niemand mit Gewissheit sagen, ob diese sogenannte Bürgerversicherung wirklich besser ist. Die Vorhaben zur Bürgerversicherung müssten kritisch geprüft werden. **Dr. Klaus Bartling**, Präsident der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, machte in seinem Statement deutlich, dass die Zahnärzte immer öfter mit überbordender Bürokratie in ihren Praxen befasst seien. Diese nehme ihnen die wichtige Zeit, die sie eigentlich für die Versorgung und den Kontakt mit ihren Patienten benötigten.

*Parlamentarische Abendessen der Freien Berufe in NRW haben mittlerweile Tradition. Nach dem Parlamentarischen Abendessen in diesem Jahr mit den Heilberufen sind weitere Parlamentarische Abendessen geplant mit den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freien Berufen.*



Ohne Fachkräfte und gut ausgebildetes Personal wären die Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen der Freien Berufe nicht denkbar. Daher ist dem Verband VFB NW die Ausbildung von jungen Menschen ein besonderes Anliegen. Deshalb nehmen die Freien Berufe an Ausbildungsmessen teil, um dort den Jugendlichen wichtige Impulse für die berufliche Orientierung zu geben und für Ausbildungsmöglichkeiten in den Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen der Freien Berufe zu werben.

Anfang Juli 2013 informiert der VFB NW mit der Ärztekammer Nordrhein, der Apothekerkammer Nordrhein, dem Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V. Landesgruppe Nordrhein-Westfalen und der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen auf der Ausbildungsmesse „vocatum Rheinland“ in Düsseldorf über die Ausbildungsberufe bei den Freien Berufen. Das Besondere an der „vocatum Rheinland“ ist, dass bereits vor Beginn der Messe für die Schüler und Studenten passgenaue, ihren beruflichen Interessen entsprechende Einzeltermine organisiert werden. Das Ziel der „vocatum Rheinland“ ist es nicht, möglichst viele Besucher durch-

zuschleusen, sondern für die jungen Menschen eine möglichst hohe Qualität der Beratungsgespräche zu erreichen. Schließlich geht es hier um Informationen zur Berufswahl, eine der wichtigsten Entscheidungen im Leben von jungen Menschen.

Bevor man sich für einen Beruf entscheidet, wollen viele Fragen vorher beantwortet werden: Für welches Berufsfeld habe ich Interesse? Welche Fähigkeiten habe ich? Welchen Schulabschluss brauche ich für die Ausbildung? Hat der Beruf Zukunft? Welche Aufstiegschancen habe ich? Wie hoch ist die Vergütung während und nach der Ausbildung? Welche Betriebe bilden mich im gewünschten Beruf aus? Diese und weitere Fragen der jungen Leute werden auf dem Messestand der Freien Berufe beantwortet. Es wird dabei deutlich, dass an die Auszubildenden bei den Freien Berufen besondere Anforderungen gestellt werden – denn im Fokus der freiberuflichen Tätigkeit steht der Mensch. So wird der Arbeitsalltag in Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen von Tätigkeiten bestimmt, die ein großes Maß an Sorgfalt, Diskretion und Verantwortungsbewusstsein erfordern.

### „Meine Chance Freie Berufe“



Die Broschüre, herausgegeben vom VFB NW, mit dem Titel „Meine Chance Freie Berufe“ will junge Menschen, die sich in der Phase der Berufsorientierung befinden, über die beruflichen Möglichkeiten bei den Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen der Freien Berufe informieren.

Die Broschüre ist als PDF auf der Homepage unter [www.vfb-nw.de](http://www.vfb-nw.de) abrufbar oder kann als Druckexemplar beim VFB NW angefordert werden.

Das „Europäische Semester“ wurde entwickelt, damit die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre nationale Wirtschafts- und Haushaltspolitik sowie wichtige Prioritäten auf EU-Ebene koordinieren können. Die diesjährige Mitteilung mit den länderspezifischen Empfehlungen für das Europäische Semester 2013 der Europäischen Kommission konzentriert sich auf das Ziel, Europa aus der anhaltenden Wirtschafts- und Reformkrise herauszuführen. Für die Freien Berufe relevant ist die Aufforderung an Deutschland, beispielsweise den Dienstleistungssektor weiter zu öffnen und den Zugang zu bestimmten Berufen zu deregulieren. Dass gerade die Regelungen der Freien Berufe der Garant dafür sind, dass der Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Systemen allen Bürgern mit einem vernünftigen, sicheren und qualitativ hochwertigen Angebot offensteht, wird dabei sehr gerne übersehen. Die vielleicht wichtigste berufspolitische Aufgabe der Freien Berufe ist und bleibt der Schutz von Allgemeinwohlbelangen, wie der Schutz der Gesundheit, der Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt.

### Europäische Normungsstrategie 2020

Mit Verabschiedung des Europäischen Normungspakets 2012 wird Normung auch im Dienstleistungsbereich zunehmend in den Fokus rücken. Die hinter der Dienstleistungsnormung stehende Zielsetzung ist die Stärkung des Wettbewerbs im europäischen Binnenmarkt durch die Erleichterung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs. So sollen die europäischen Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission Maßnahmen entwickeln, um die Dienstleistungserbringer dazu anzuhalten, freiwillig die Qualität der Dienstleistungen zu sichern, insbesondere durch die Zertifizierung oder die Erarbeitung eigener Qualitätscharten. Der Verband Freier Berufe NRW spricht sich dafür aus, die deutschen Standards vor einer Aushöhlung durch die Europäische Union zu schützen. Die Normungsbestrebungen im Dienstleistungsbereich dürfen nicht dazu führen, dass das deutsche Modell mit seinen hohen Qualitätsstandards „herunternivelliert“ wird.

„Alle Beteiligten müssen sich aktiv einbringen.“



### Interview mit Rechtsanwältin Britta Brisch, Geschäftsführerin der Clearing- stelle Mittelstand NRW

**VFB NW:** Welche Aufgabe hat die Clearingstelle Mittelstand?

**Britta Brisch:** Die Clearingstelle Mittelstand versteht sich als Sachwalterin der Interessen der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgabe der Clearingstelle besteht darin, im Rahmen von Clearingverfahren dafür zu sorgen, dass diese Interessen bei allen zukünftigen mittelstandsrelevanten Gesetzesvorhaben und Verordnungen der Landesregierung frühzeitig Berücksichtigung finden.

**VFB NW:** Nun wurde die Clearingstelle gerade erst eröffnet und Beispiele für erledigte Clearingverfahren gibt es daher noch nicht. Welche Vorhaben aus der Vergangenheit wären denn für die heutige Clearingstelle von Bedeutung gewesen?

**Britta Brisch:** Es gibt einige Gesetze, die, wenn sie das Clearingverfahren durchlaufen hätten, mittelstandsfreundlicher ausgestaltet worden wären. Zum Beispiel das Tarifreue- und Vergabegesetz oder auch die Änderung der Gemeindeordnung des Landes NRW.

**VFB NW:** Und wie wollen Sie alle kleinen und mittleren Unternehmen an einen Tisch bringen?

**Britta Brisch:** Das schafft die Clearingstelle, indem sie die Kammern und Verbände der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und Unterzeichner der Vereinbarung zwischen dem Land NRW zur Einrichtung einer Clearingstelle Mittelstand zusam-

menbringt. Diese wiederum geben die Informationen zu aktuellen und zukünftigen Clearingverfahren frühzeitig an ihre Mitglieder weiter. Über diesen Weg erreichen wir eine große mittelstandsrelevante Öffentlichkeit und versuchen, deren Interessen zu bündeln und sie in das Clearingverfahren einzubinden.

**VFB NW:** Welche Organisationen haben diese Vereinbarung unterzeichnet?

**Britta Brisch:** Unterzeichner der Vereinbarung und Partner der Clearingstelle Mittelstand sind: IHK NRW, Verband Freier Berufe NRW, Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag, Westdeutscher Handwerkskammertag, unternehmer nrw, Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Nordrhein-Westfalen, Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Städtetag Nordrhein-Westfalen sowie der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen.

**VFB NW:** Wie hat sich die Idee einer Clearingstelle entwickelt?

**Britta Brisch:** Die Clearingstelle Mittelstand und das ihr obliegende Clearingverfahren beruht auf dem Mittelstandsförderungsgesetz NRW und der ihr folgenden Rechtsverordnung. Die Clearingstelle ist, wenn Sie so wollen, das Kernstück des Mittelstandsförderungsgesetzes.

**VFB NW:** Wie sehen Sie Ihre Rolle als Geschäftsführerin?

**Britta Brisch:** Als Geschäftsführerin der Clearingstelle stehe ich dafür ein, dass sich alle am Clearingverfahren beteiligten Akteure aktiv einbringen und ich zwischen ihnen bei Meinungsverschiedenheiten vermittele. Wichtig dafür ist, dass der Informationsaustausch zwischen den Partnern der Clearingstelle gelingt. Denn Ziel ist es, durch die Bündelung der Kompetenzen, Kräfte und Interessen aller Beteiligten einen größtmöglichen Konsens der Wirtschaft herzustellen und diesen in den Rechtsetzungsverfahren umzusetzen.

**VFB NW:** Die Freien Berufe sind der gewohnheitsorientierte Mittelstand. Welchen Stellenwert haben Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen in der Clearingstelle für Sie?

**Britta Brisch:** Für die Wirtschaft und Gesellschaft in NRW haben die Freien Berufe eine große Bedeutung. Das wird auch von der Clearingstelle so gesehen. Und weil dieser Teil der Wirtschaft so wichtig ist, sind die Freien Berufe auch Unterzeichner der Vereinbarung zum Mittelstandsförderungsgesetz und offizieller Partner der Clearingstelle Mittelstand.

**VFB NW:** Wie wird sichergestellt, dass alle Berufsgruppen des Mittelstands gleichberechtigt Zugang zur Clearingstelle Mittelstand haben?

**Britta Brisch:** Wir stellen den gleichberechtigten Zugang sicher, indem wir unsere Partner regelmäßig informieren und zum Austausch einladen. Mit den Kammern und Verbänden der mittelständischen Wirtschaft gibt es eine enge Abstimmung. Aber natürlich trägt auch jeder unserer Partner eine gewisse Verantwortung. Das heißt zum Beispiel, dass unsere Partner aktuelle Informationen der Clearingstelle auch an ihre Mitglieder weitergeben und diese aktiv in das Clearingverfahren einbinden müssen.

**VFB NW:** Gibt es Clearingstellen dieser Art auch in anderen Bundesländern?

**Britta Brisch:** Bisher noch nicht. Unsere Clearingstelle ist zurzeit noch eine bundesweit einmalige Einrichtung. Auch damit übernehmen wir eine wichtige Vorbildfunktion für vergleichbare Verfahren in anderen Bundesländern.

## Impressum

Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe  
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)

Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf

Tel.: 0211 4361799-0

Fax: 0211 4361799-19

info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion:

André Busshoven, Katharina Kosub

Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen

Druck: Koch Druckerei & Verlags GmbH, Neuss

Bildnachweis: Peter Hense, IHK NRW, VFB NW